



Kassenärztliche  
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## KBV *KOMPAKT*

Newsletter vom 14. Oktober 2009

### Aus Berlin

---

#### Weitere Kritik für den Gesundheitsfonds

Schaft kritisiert haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Verbraucherzentrale (VZBV) die von der CSU stammende Überlegung, einen Teil der Beitragseinnahmen für den Gesundheitsfonds direkt den Kassen zu überlassen. Allein die diskutierte Ausgliederung von 0,9 Beitragspunkten würde dem Fonds rund neun Milliarden Euro entziehen, warnte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des DGB. Denn dadurch würden Krankenkassen in Bayern und Baden-Württemberg aufgrund ihrer besser verdienenden Versicherten mehr Geld aus dem Fonds bekommen als die finanzschwächeren Kassen in den östlichen Bundesländern. Dies wäre für die flächendeckende, gleichmäßige Versorgung im solidarisch finanzierten Gesundheitswesen kontraproduktiv. Deswegen muss der Fonds erhalten werden, forderten die Kassenärztlichen Vereinigungen der neuen Bundesländer. Auch Stefan Etgeton vom VZBV ist besorgt, dass dadurch die Privilegierung bestimmter Regionen im Gesundheitswesen stärker würde. Die Union und die FDP erwägen auch höhere Kassenbeiträge für Versicherte als Lösung für das Fondsdefizit. (Agenturmeldung, 13. Oktober, [Pressemitteilung der KVen der neuen Bundesländer, 9. Oktober](#))

#### Neue Regelungen für günstige Arzneimittel

Die Koalitionspartner überlegen sich, Preisvorschriften für alle neuen Medikamente einzuführen, denn die Arzneimittelpreise in Deutschland sind im internationalen Vergleich zu hoch. Trotz Sparbemühungen steigen die Kosten für Arzneimittel fast ununterbrochen: Im ersten Halbjahr verordneten Vertragsärzte beispielsweise Medikamente im Wert von 15,8 Milliarden Euro – sieben Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) meinte, dass die Pharmaindustrie den größten Beitrag zur Bekämpfung des Fondsdefizits zu leisten habe. Die Pharmaindustrie warnte dagegen vor einem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen. (Agenturmeldung, 9. Oktober)

### Aus KBV und KVen

---

#### Erster Lehrstuhl für Allgemeinmedizin in Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem ersten Lehrstuhl für Allgemeinmedizin in Mecklenburg-Vorpommern wollen die Universität Rostock und die Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) die Aus- und Weiterbildung von Hausärzten im Land unterstützen. Am 1. September übernahm Professor Attila Altiner den Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock. Der 40-Jährige arbeitete bislang als Hausarzt und als Wissenschaftler in der Abteilung Allgemeinmedizin der Universität Düsseldorf. Seine Professur wird in den kommenden sechs

Jahren mit 2,4 Millionen Euro von der KVMV finanziert. Danach übernimmt die Medizinische Fakultät der Rostocker Universität die Kosten. (Agenturmeldung, 13. Oktober)

### **Grippeimpfung: Kassenärzte und Kassen uneinig bei Vergütung**

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) hat sich mit Vertretern der Krankenkassen und des Bayerischen Gesundheitsministeriums auf Details zur Umsetzung der Impfkampagne gegen die Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe) geeinigt. Die Kampagne startet Ende Oktober mit dem Eintreffen des Impfstoffs. Auch die Frage nach der Vergütung der Impfung ist geklärt: Das ärztliche Honorar liegt nun sowohl für die erste Impfung als auch für die zweite bei je 5 Euro. Eigentlich hatte die KVB gefordert, die erste mit 7,67 Euro und die Folgeleistung mit 5 Euro zu vergüten. „Das wäre ein faires Angebot gewesen, das auch den insbesondere bei der Impfung von Risikopatienten erheblichen Beratungsaufwand angemessen berücksichtigt hätte“, so der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVB, Dr. Gabriel Schmidt. Angesichts der Vereinbarung zwischen Bayerischem Hausärzterverband (BHÄV) und der AOK Bayern, beide Leistungen mit je fünf Euro zu vergüten, hatte sich die Verhandlungsposition der KVB gegenüber Vertretern verschiedener Kassen nicht mehr aufrechterhalten lassen.

In Berlin hat die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin (KV Berlin) dem KV-Vorstand untersagt, eine Vereinbarung mit dem Senat zu treffen, solange für die Einzelleistung nicht eine Mindestvergütung von 7,10 Euro vereinbart ist. Trotz offizieller Empfehlung der Ständigen Impfkommission wollen viele Kassenärzte auch aus anderen Gründen keine Impfungen gegen die Neue Influenza vornehmen. Angesichts der fehlenden Zulassung des Impfstoffes in den USA und den mangelnden epidemiologischen Daten bestehen Zweifel über die Unbedenklichkeit des Serums. KV-Chefin Dr. Angelika Prehn dagegen appellierte an „die Verantwortung der Ärzte, Krankheiten zu vermeiden“.

In Rheinland-Pfalz hatten AOK, IKK, LKK und einzelne Betriebskrankenkassen signalisiert, die Kosten für die Impfungen gegen die saisonale Grippe und die sogenannte Schweinegrippe lediglich für die Risikogruppen zu übernehmen. Die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz (KVRP) kritisierte das Vorgehen und kündigte an, sich aus der Organisation der Kampagne zurückzuziehen. ([Pressemitteilung der KVB, 9. Oktober](#), [Pressemitteilung der KVRP, 13. Oktober](#), [Ärzte Zeitung, 12. Oktober](#))

### **Ambulante Patientenversorgung in Gefahr**

Die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung der Menschen in Schleswig-Holstein durch niedergelassene Haus- und Fachärzte ist in Gefahr. Das geht aus dem Versorgungsbericht hervor, den die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein präsentiert hat. Die Ursachen dafür liegen unter anderem im demografischen Wandel, dem drohenden Ärztemangel und der anhaltenden Unterfinanzierung des ambulanten Bereichs. „Die jüngste Gesundheitsreform mit ihren zentralistischen Strukturen hat die bewährte regionale ärztliche Selbstverwaltung massiv geschwächt. Wir fordern darum einen Kurswechsel hin zu einer Politik, die wieder mehr Freiräume für die Gestaltung der Versorgung in Schleswig-Holstein ermöglicht“, sagte Dr. Ingeborg Kreuz, kommissarische Vorstandsvorsitzende der KVSH.

Niedersachsens Sozial- und Gesundheitsministerin Mechthild Ross-Luttmann sprach sich beim Runden Tisch zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung dafür aus, das Projekt MoNi (Modell Niedersachsen) der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) in einer Modellregion mit Unterstützung von Krankenkassen zu erproben. „MoNi“ basiert darauf, dass qualifizierte Medizinische Fachangestellte vor allem Hausärzte bei medizinischen und administrativen Tätigkeiten entlasten. ([Pressemitteilung der KVSH, 9. Oktober](#), [gemeinsame Pressemitteilung vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der KVN, 9. Oktober](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **GEK legt Heil- und Hilfsmittelreport vor**

Die Verordnungen im Heil- und Hilfsmittelbereich sind im Jahr 2008 um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Darauf hat die Gmünder Ersatzkasse (GEK) in ihrem Heil- und Hilfsmittelreport 2009 hingewiesen. Zuwächse gab es demnach vor allem bei Atemtherapiegeräten, Physiotherapien und Logopädiem. Der Kostenanstieg sei jedoch regional sehr unterschiedlich. Dies liegt laut GEK in erster Linie an den regional verschiedenen Richtgrößen für die Verordnungen. Der

Autor des Reports, Prof. Gerd Glaeske, nannte den Heil- und Hilfsmittelbereich eine Black Box: „In Sachen Transparenz liegt der Bereich 15 Jahre hinter dem Arzneimittelbereich zurück, die Entwicklung von Qualitätsstandards befindet sich noch in den Kinderschuhen. Wir brauchen mehr Studien und Nutznachweise.“ Der GEK Heil- und Hilfsmittelreport ist in diesem Jahr zum sechsten Mal erschienen. ([Pressemitteilung der GEK, 13. Oktober](#))

### **Patienten vertrauen unabhängigen Gesundheitsberatern**

„Deutschland hat mit der Integration von Psychotherapeuten in die vertragsärztliche Versorgung international Maßstäbe gesetzt. Dennoch werden zu viele psychische Krankheiten nicht rechtzeitig erkannt.“ Das hat Prof. Rainer Richter, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), anlässlich des Internationalen Tags der Seelischen Gesundheit am 10. Oktober gesagt. Der Tag ruft dazu auf, sich weltweit für eine gleichwertige Versorgung psychischer und körperlicher Erkrankungen einzusetzen. Dazu gehört, dass die Gesundheitsberufe, zu denen Patienten meist den ersten Kontakt aufnehmen, psychische Krankheiten überhaupt erkennen können. „Hausärzte erkennen nur jede dritte generalisierte Angststörung, depressive Erkrankungen werden nur in zwei von drei Fällen richtig diagnostiziert. Dadurch bekommen viele psychisch Erkrankte zu spät eine fachgerechte Behandlung und erkranken schwerer“, kritisierte Richter. Zudem bemängelte er, dass bei den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche Screenings für psychische Krankheiten fehlen würden. ([Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer, 9. Oktober](#))

### **Impfstoff gegen die Neue Influenza in der Kritik**

Der in Deutschland zugelassene Impfstoff Pandemrix gegen die Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe) steht in der Kritik. So lehnte etwa der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Theodor Windhorst, nach Angaben des Bielefelder Westfalen-Blatts eine solche Impfung ab. Dieser Impfstoff sei aufgrund seiner Zusatzstoffe mit erheblichen Risiken behaftet, so Windhorst. Zuvor war bekannt geworden, dass die Bundeswehr für ihre Soldaten den Impfstoff Celvapan bestellt hat, der als verträglicher gilt als Pandemrix vom britischen Pharmakonzern GlaxoSmithKline. Einer Sprecherin des Paul-Ehrlich-Instituts zufolge erfüllen jedoch alle drei zugelassenen Impfstoffe die Kriterien des Arzneimittelgesetzes und der europäischen Gesetzgebung. Auch Gesundheitsstaatssekretär Klaus Theo Schröder bekräftigte, dass Pandemrix unbedenklich sei. Die quecksilberhaltigen Konservierungsstoffe, die in diesem Impfstoff enthalten sind, seien in so geringer Menge vorhanden, dass sie ungefährlich seien. Bei schwangeren Frauen gebe es jedoch noch keine vollständigen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Ihnen riet Schröder noch abzuwarten. (Agenturmeldungen, 12 bis 14. Oktober)

## **Aus der Welt**

---

### **Im Kampf gegen die Influenzapandemie wollen sich EU-Gesundheitsminister solidarisieren**

Die Gesundheitsminister der Europäischen Union (EU) haben sich in Luxemburg auf ein abgestimmtes Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie der Neuen Grippe (sogenannte Schweinegrippe) verständigt. Dazu erklärt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: „Kein Land in Europa kann die Pandemie im Alleingang bewältigen. Die Schlussfolgerungen des Rates fassen die wichtigsten strategischen Felder der Pandemiebekämpfung zusammen und sind eine gute Grundlage für das weitere gemeinsame Handeln. Dabei wird ein Ansatz verfolgt, der die Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander in den Mittelpunkt stellt. Hierzu zählt beispielsweise das Vorhaben der Europäischen Kommission, für Mitgliedsstaaten, die noch keine Impfstoffe haben, die Beschaffung zu koordinieren.“ Als besonders positiv hob Schmidt zudem hervor, dass die EU-Mitgliedsstaaten die Entwicklungsländer im Kampf gegen die Neue Influenza unterstützen. ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 12. Oktober](#))

## Außerdem

---

### Forscher entdecken neues Herzinfarkt-Gen

Forscher des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein haben ein neues Herzinfarkt-Gen entdeckt. Im Rahmen eines internationalen Projektes fanden die Wissenschaftler heraus, dass das Chromosom 12 mitverantwortlich für die erblichen Ursachen des Herzinfarktes ist. „Jetzt wissen wir, dass auch das Herzinfarkttrisiko durch diesen Faktor beeinflusst wird“, sagte der Direktor der Medizinischen Klinik II am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein Dr. Heribert Schunkert. An einem Herzinfarkt sterben rund 750.000 Menschen jährlich in Europa. (Agenturmeldung, 13. Oktober)

### KOMPAKT- Zahl der Woche: 3,24

3,24 Prozent der Arbeitnehmer haben sich von Januar bis September dieses Jahres mindestens einmal krank gemeldet. Im Vorjahreszeitraum lag der Krankenstand leicht höher. Ein plausibler Grund dafür ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, so Experten. (Berliner Zeitung, 13. Oktober)

## Aus dem Terminkalender

---

16.10.09	Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Stuttgart
22.10.09	6. DGIV-Bundeskongress
23.10.09	Berlin
26.10.09	Fachtagung: Professionelle Pflege - Aus- und Weiterbildung offensiv Berlin
26.10.09	Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa Berlin
29.10.09	KBV kontrovers: Ambulant/stationär: Kooperation oder Konfrontation? Berlin
09.11.09	Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses 2009 Berlin
09.11.09	Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa Berlin
18.11.09	Medica 2009 - Weltforum der Medizin
21.11.09	Düsseldorf
23.11.09- 28.11.09	Klinische Fortbildung für hausärztlich tätige Allgemeinmediziner und Internisten Berlin

## Aus der Presse

---

### „Bis zu 1000 Euro extra für den Doktor“

Die KBV ist besorgt über die zunehmende Zahl der Anwendungsbeobachtungen in Arztpraxen: Fünf Prozent mehr Vertragsärzte haben 2009 im Vergleich zum Vorjahr an Pharmaindustriestudien teilgenommen. Darüber berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller habe den dringenden Verdacht, dass viele solcher Studien nicht wie vorgegeben aus wissenschaftlichen Gründen, sondern vor allem zur Verkaufsförderung veranlasst würden, so die Zeitung. „Das ist nicht rechtens und besorgt uns sehr“, sagte Müller. Er forderte schärfere Auflagen für die Pharmaindustrie und Ärzte sowie eine bessere Patientenaufklärung. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Oktober)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: [ivelikova@kbv.de](mailto:ivelikova@kbv.de), [fknoeppke@kbv.de](mailto:fknoeppke@kbv.de), [cehrlich@kbv.de](mailto:cehrlich@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>